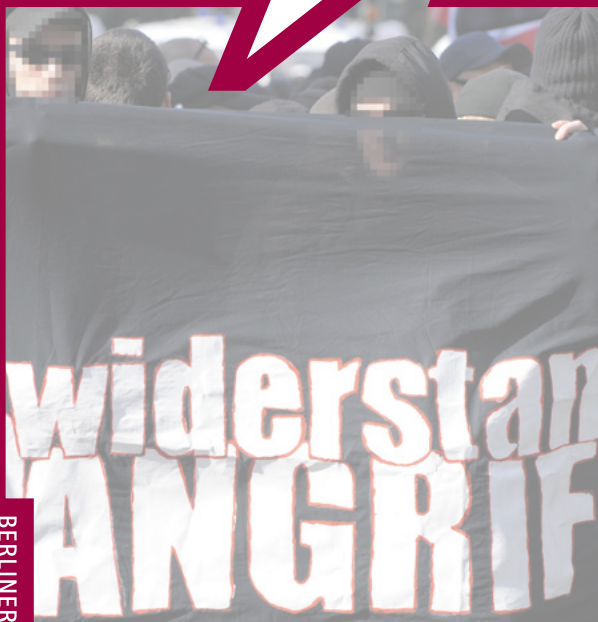


Rechtsextremismus in Berlin

INFO



BERLINER

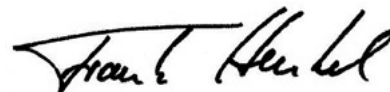
VERFASSUNGSSCHUTZ

Vorwort

Der moderne Rechtsextremismus weist unterschiedliche Facetten auf. Offen als rechtsextremistisch zu erkennende Akteure wie die NPD oder aktionsorientierte Neonazigruppierungen werden zunehmend flankiert von vordergründig unverfänglich daherkommenden „Bürgerinitiativen“, islamfeindlichen Parteien oder rassistisch argumentierenden Gruppen in sozialen Netzwerken. Allerdings ist nicht nur das Spektrum der rechtsextremistischen „Angebote“ breiter geworden, auch „klassisch“ rechtsextremistische Gruppierungen haben ihre äußere Erscheinung und ihr Auftreten spürbar verändert.

Speziell der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Form von Kameradschaften, „Autonomen Nationalisten“ und „Freien Kräften“ hat in Berlin in den vergangenen Jahren verschiedene Transformationsprozesse durchlaufen. Diese Veränderungen haben maßgeblich zu einer Modernisierung des aktionsorientierten Rechtsextremismus beigetragen. Aber nicht allein die besondere Stellung des aktionsorientierten Rechtsextremismus rechtfertigt es, den Fokus der Beobachtung und öffentlichen Darstellung auf diese Szene zu richten. Auch die drei Mitglieder des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) waren zunächst in der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene aktiv. Die weitere Entwicklung dieses Trios macht auf erschreckende Weise deutlich, welche „sozialisierende“ und vor allem radikalisierte Wirkung der aktionsorientierte Rechtsextremismus auf seine Anhänger haben kann.

Über diese Szene, ihre Veränderungen und bestimmte Kontinuitäten aufzuklären, ist eine zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes, zu dem die vorliegende Broschüre beitragen soll.



Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	6	3 Der aktionsorientierte Rechtsextremismus und die NPD	40
1 Kameradschaften	9	3.1 „Volksfront-Strategie“ und der „Kampf um die Straße“	40
1.1 Der Ursprung rechtsextremistischer Kameradschaften - Lokale Strukturen statt bundesweiter Organisationen	9	3.2 Vom Motor zur Randfigur: Die Berliner NPD und die aktionsorientierte Szene	43
1.2 Die heterogene Berliner Kameradschaftsszene der frühen 2000er Jahre	11	4 Netzwerk „Freie Kräfte“: Altes Personal und neue Allianzen	48
1.3 Die besondere Rolle der Kameradschaften Tor und BASO	13	5 Ausblick	52
1.4 Frontbann 24 und die Berliner Kameradschaftsszene nach den BASO- und KS Tor-Verboten	17	Bildernachweis	55
2 „Autonome Nationalisten“	20	Publikationsübersicht	56
2.1 Vom Randphänomen zum integralen Bestandteil der Neonaziszene	20		
2.2 Der Aufstieg der „Autonomen Nationalisten“ zum dominierenden Akteur des Berliner Rechtsextremismus	24		
• <i>Die Entstehung der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin</i>	24		
• <i>Struktur und Funktionsweise</i>	26		
• <i>Ideologie und Aktivitäten</i>	29		
2.3 „Autonomer Nationalismus“: Erfolgs- und Auslaufmodell	37		

Einleitung

Bereits seit einigen Jahren wird die Entwicklung des Rechtsextremismus in Berlin vor allem von einem Netzwerk aktionsorientierter Neonazis bestimmt. Die Gründe für diese in der rechtsextremistischen Szene unbestrittene Dominanz sind vielschichtig. Entscheidend beigetragen haben hierzu unter anderem ein breiter Aktionismus, eine Gruppe von Führungsaktivisten, die ideologisch gefestigt und seit Jahren innerhalb der Szene aktiv sind, und nicht zuletzt auch die Schwäche anderer rechtsextremistischer Gruppierungen. Vor allem aber hat sich der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Berlin als enorm wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen. Immer wieder ist es den Protagonisten der Szene gelungen, sich politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen und diese für die rechtsextremistische Szene nutzbar zu machen.

„In dem Bewusstsein darüber, dass der Kampf um Berlin auch immer den Kampf um das gesamte Deutsche Volk umschließt, sind wir von dem Willen angetrieben, den Nationalen Sozialismus mit allen Mitteln durchzusetzen!“¹

Sichtbarstes Zeichen hierfür ist der Wandel im äußeren Erscheinungsbild aktionsorientierter Rechtsextremisten. Längst hat ein modernes und nicht selten an „linker“ Jugendkultur orientiertes Äußeres das klassische Nazi-Skinhead-Outfit mit Glatze und Springerstiefeln abgelöst.

Auch die Strukturen, in denen aktionsorientierte Rechtsextremisten agieren, haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. An die Stelle bundesweiter Neonaziorganisationen traten kleinere und lokal operierende Kameradschaften. Nach dem Verbot der beiden wichtigsten Berliner Kameradschaften „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) und „Kameradschaft Tor Berlin“ (KS Tor) im März 2005 strukturierte sich die aktionsorientierte Szene erneut um. Die „Autonomen Nationalisten“ wurden zum Synonym für „moderne Rechtsextremisten“ mit antibürgerlichem und provokativem Habitus, die sich durch die verstärkte Nutzung moderner Kommunikationsmittel in informellen Netzwerkstrukturen organisierten. In dieses Netzwerk wurde zunehmend auch die Berliner NPD eingebunden, die sich, anders als in anderen Bundesländern, offen zum Schulterschluss mit der aktionsorientierten Szene bekannte und noch bekennt. Diese informelle Netzwerkstruktur traf innerhalb der rechtsextremistischen Szene allerdings keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Eine schwindende Anhängerschaft, die stetig abnehmende Mobilisierungsfähigkeit und das szeneintern stark verbreitete Bedürfnis nach klarer Hierarchie und Führung haben die Akzeptanz rein informeller Strukturen merklich schwinden lassen. Mit einem Zusammenrücken der aktionsorientierten Szene und der noch stärkeren Nutzung von NPD-Strukturen soll diesen Defiziten nun begegnet werden.

1 <http://nw-berlin.net>: „Über NW-BERLIN“, abgerufen am 15.11.2012.

Bereits diese kurze Darstellung zeigt, wie flexibel der aktionsorientierte Rechtsextremismus in der jüngeren Vergangenheit auf interne und externe Veränderungen reagiert und sich an diese angepasst hat. Dass im Folgenden ein besonderes Augenmerk auf genau diese Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene gelegt wird, soll dabei keineswegs den Blick auf deren Konstanten verstellen. Denn so modern sich der heutige Rechtsextremismus auch präsentieren mag, hinter dieser Fassade stecken eine menschenverachtende Ideologie und eine enorme Gewaltbereitschaft. Und so werden ein verändertes Äußeres oder moderne, vordergründig kaum als extremistisch zu erkennende Inhalte von der aktuellen Generation aktionsorientierter Rechtsextremisten nicht zuletzt dazu benutzt, um über ihre wahren Ziele und ihre Gefährlichkeit hinwegzutäuschen. Auch darüber aufzuklären, ist Ziel der folgenden Ausführungen.

Dabei zeichnet die vorliegende Broschüre die wichtigsten Entwicklungen innerhalb des Berliner Rechtsextremismus während der letzten 15 Jahre nach. Chronologisch wird in den einzelnen Abschnitten auch auf zentrale Entwicklungen innerhalb der bundesdeutschen Neonaziszene eingegangen und deren Einfluss auf den aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin dargestellt.

Die den Kapiteln vorangestellten Zitate sollen die Selbstdarstellung und -wahrnehmung der Szene illustrieren, fett umrandete Textstellen enthalten Definitionen und zentrale Inhalte einzelner Kapitel.

1 Kameradschaften

„Fight the System - Fuck the Law! Dem System imponiert nur die Faust unter der Nase - KSTOR.TK“²

1.1 Der Ursprung rechtsextremistischer Kameradschaften - Lokale Strukturen statt bundesweiter Organisationen

Vor allem zwei Entwicklungen waren ab Mitte der 1990er Jahre ursächlich für die Entstehung rechtsextremistischer Kameradschaften: zum einen eine strategische Neuausrichtung der Neonazi-Szene infolge mehrerer Vereinsverbote gegen bundesweit operierende Organisationen wie die „Wiking-Jugend“ (WJ) oder die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)³; zum anderen wurde die rechtsextremistische Skinhead-Subkultur durch Gruppierungen wie „Blood & Honour“⁴ und die „Hammerskins“⁵ zunehmend politisiert. Beides führte zu einer Annäherung der bis dahin weitestgehend getrennt voneinander agierenden Neonazi- und Skinhead-Szenen, die in gemein-

2 Transparent der „Kameradschaft Tor Berlin“ (KS Tor) auf einer rechtsextremistischen Demonstration am 10.1.2004 in Berlin zugunsten der u. a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilten Mitglieder der Szene-Band „Landser“.

3 Beide Organisationen wurden mit Verfügungen des Bundesministeriums des Innern (BMI) verboten, die WJ am 10.11.1994 und die FAP am 22.2.1995.

4 Die im Jahr 2000 in Deutschland verbotene neonazistische und international ausgerichtete „Blood & Honour“-Bewegung wurde Ende der 1980er Jahre in England von dem rechtsextremistischen Musiker Ian Stuart Donaldson gegründet. In Deutschland war „Blood & Honour“ seit Mitte der 1990er Jahre aktiv. Die Hauptintention der Bewegung bestand in der „Politisierung“ der Skinhead-Subkultur über die Produktion und Verbreitung rechtsextremistischer Musik.

5 Die „Hammerskins“ wurden 1988 in den USA mit dem Ziel gegründet, die Skinheads in einer sogenannten Hammerskin-Nation zu vereinen. In Deutschland traten die „Hammerskins“ erstmals zu Beginn der 1990er Jahre in Erscheinung. Die derzeit rund zehn deutschen Sektionen entfalten abseits von Konzertveranstaltungen kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.

samen Aktivitäten und Gruppierungen mündete. Während die nach den Vereinsverboten geschwächte Neonazi-Szene auf diesem Weg neue Mitstreiter rekrutieren konnte, ging es den subkulturell geprägten Skinheads in erster Linie um die Nutzung der in diesen Kreisen vorhandenen Infrastruktur. Auf diese Weise bildeten sich kleinere rechtsextremistische Gruppierungen, die zumeist locker organisiert und auf einen lokalen Wirkungskreis beschränkt waren.

Rechtsextremistische Kameradschaften sind Personenzusammenschlüsse, die:

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung,
- eine mindestens rudimentäre Struktur und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf der Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Grundorientierung aufweisen.

Zu Beginn der 2000er Jahre wurde das Kameradschaftsmodell zur dominierenden Organisationsform innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Bundesweit waren bis zu 4000 Rechtsextremisten in ca. 160 Kameradschaften aktiv⁶, die mit einer Vielzahl öffentlicher Aktivitäten, vor allem aber durch ihre hohe Gewaltaffinität, auffielen.

Das Entstehen vieler lokaler Kameradschaften war für die rechtsextremistische Szene allerdings auch mit beachtlichen Nachteilen verbunden. Größere, koordinierte Aktionen fanden immer seltener statt. Stattdessen operierten mehr und mehr Klein- und Kleinstkameradschaften in einer sich immer weiter zersplitternden Neonaziszene unabhängig nebeneinander. Auf

diese Weise stieg zwar die Anzahl der rechtsextremistischen Kundgebungen und Demonstrationen sprunghaft an, allerdings sank die durchschnittliche Teilnehmerzahl an diesen Veranstaltungen rapide und bewegte sich etwa im Jahr 2003 nur noch bei 70 bis 150 Personen.⁷

1.2 Die heterogene Berliner Kameradschaftszene der frühen 2000er Jahre

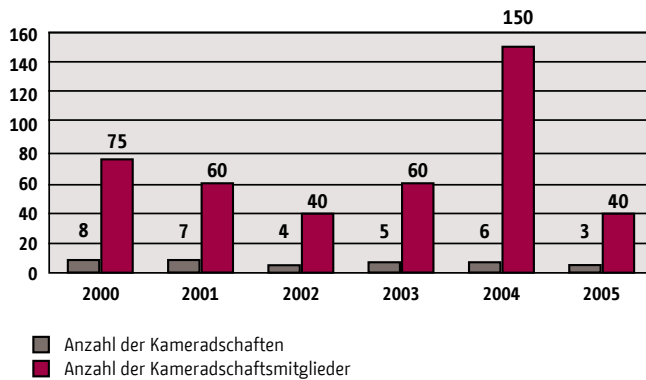
Auch in Berlin entstanden um die Jahrtausendwende mehrere kleinere Kameradschaften, die in den meisten Fällen allerdings nur eine kurze Lebensdauer hatten. Üblicherweise scharte eine lokale Führungsperson auf der Basis persönlicher Kontakte eine Gruppe von maximal zehn Rechtsextremisten um sich, um im gemeinsamen Lebensumfeld zumindest in Ansätzen politisch zu agieren. Die Kiezbezogenheit dieser Personenzusammenschlüsse kam bereits in ihren Namen, wie beispielsweise „Kameradschaft Treptow“, „Kameradschaft Prenzlauer Berg“ oder „Kameradschaft Hohenschönhausen“, zum Ausdruck.

Infolge persönlicher Animositäten, Revierkämpfen mit anderen Kameradschaften oder auch schlicht der Launenhaftigkeit der jeweiligen Kameradschaftsführer fielen die meisten Kameradschaften nach nur wenigen Monaten und meist ohne spürbare Außenwirkung in sich zusammen. So prägten vor allem eine hohe Fluktuation und ständig wechselnde Phasen des Aktionismus und der Lethargie die Berliner Kameradschaftsszene der Jahrtausendwende, was sich auch in den beträchtlichen Schwankungen in der Anzahl der bestehenden Kameradschaften und ihren Mitgliedern widerspiegelte.

6 Vgl. BMI: Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin, 2006, S. 55.

7 Vgl. BMI: Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin, 2004, S. 49.

Entwicklung der Berliner Kameradschaftsszene
in den Jahren 2000 bis 2005



Als einzige Konstante in dieser Zeit erwies sich die bereits 1998 gegründete „Kameradschaft Germania“. Ihr „Erfolg“ beruhte nicht zuletzt darauf, dass sie nicht nach dem „Wohnortprinzip“ agierte, sondern darum bemüht war, Neonazis aus dem gesamten Stadtgebiet an sich zu binden und so berlinweit Präsenz zu zeigen. Auf diese Weise konnten die etwa 15 festen Mitglieder der Kameradschaft einen bis zu 50-köpfigen Unterstützerkreis aufbauen, der relativ kurzfristig und spontan mobilisierbar war. Die Kameradschaft zeigte regelmäßig bei bundesweiten Szeveranstaltungen Präsenz, führte im Internet und auf der Straße umfangreiche Propagandaaktivitäten durch und präsentierte sich nicht zuletzt durch ihr uniformiertes Auftreten betont aggressiv. 2001 unternahm die „Kameradschaft Germania“ den Versuch, die Aktivisten mehrerer Berliner Kameradschaften unter dem Dach des „Kameradschaftsbundes Germania“ zu vereinen. Ziel dieses Versuches war eine weitere organisatorische Festigung der Berliner Neonazi-Szene und die gemeinsame Koordinierung ihrer Aktivitäten. Der Versuch scheiterte allerdings nach nur wenigen Monaten, da die Führungsansprüche der verschiedenen Kameradschaftsführer nicht miteinander zu vereinen waren. Nur ein Jahr später löste sich die „Kameradschaft Germania“ gänzlich auf und teilte damit das Schicksal vieler anderer rechtsextremistischer Gruppierungen um die Jahrtausendwende.

Ungeachtet ihrer diversen strukturellen und personellen Defizite hatten diese ersten Berliner Kameradschaften jedoch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der Berliner Neonaziszene. Die bis heute angewandte Strategie der Etablierung lokaler Aktionsgruppen und die Bemühungen, deren Aktivitäten miteinander zu vernetzen, haben hier ihren Ursprung.

1.3 Die besondere Rolle der Kameradschaften Tor und BASO

Einen beachtlichen qualitativen und quantitativen Schub erfuhr die Berliner Kameradschaftsszene durch das Erstarken der beiden Gruppierungen „Kameradschaft Tor Berlin“⁸ (KS Tor) und „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO).

Die KS Tor existierte zwischen 2000 und 2005 und verfügte über ca. zehn bis 15 - darunter mehrere weibliche - feste Mitglieder. Ihr Aktionsschwerpunkt befand sich im Bezirk Lichtenberg, wo auch die Mehrzahl der KS-Tor-Mitglieder wohnte. Mit neuen, bis dahin in der rechtsextremistischen Szene weitgehend unbekanntem Aktionsformen, wie symbolischen Hausbesetzungen⁹ oder der Bildung schwarzer Blöcke auf Demonstrationen, läutete die KS Tor eine umfassende Modernisierung der Berliner Neonaziszene ein. Mit der Übernahme linksextremistischer bzw. autonomer Kleidungsstile und Aktionsformen oder der Verwendung von Piktogrammen und Graffitis auf Transparenten wurde die KS Tor innerhalb kürzester Zeit zum „kreativen Motor“ der Berliner Kameradschaftsszene und öffnete diese für neue Anhänger.

8 Die Bezeichnung bezieht sich auf den vermutlichen Gründungsort der Kameradschaft („Frankfurter Tor“) und nicht die germanische Sagengestalt Thor.
 9 Solche Hausbesetzungen fanden im Oktober 2003 im brandenburgischen Schönfliess und im Juli 2004 in Berlin statt. Ca. 10 bis 15 Aktivisten der KS Tor und der BASO drangen dabei für kurze Zeit in mehrere leerstehende Häuser ein, an denen sie Plakate und Transparente anbrachten, auf denen die Errichtung „nationaler Zentren“ gefordert wurden. Nach nur wenigen Stunden wurden diese symbolischen Bestzungen wieder beendet und über das Internet publik gemacht.



Der Inhalt, der mit diesen neuen Aktionsformen präsentiert wurde, ließ allerdings keinen Zweifel an der neonazistischen Ausrichtung der KS Tor. Öffentliche Bekenntnisse zu einem „Nationalen Sozialismus“, die Glorifizierung bekannter Größen des historischen Nationalsozialismus und die Verbreitung antidemokratischer und rassistischer Parolen belegten dies unzweideutig. In diversen Äußerungen und Aktionen kam zudem der besonders ausgeprägte Antisemitismus der KS Tor zum Ausdruck. So versuchten KS-Tor-Aktivist*innen am 12. Juli 2004 das Richtfest am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte zu stören und präsentierten dabei ein Transparent mit dem Aufdruck:

„Hol’ den Vorschlaghammer raus, sie haben ,uns’ ein Denkmal gebaut ... KS Tor“.

Auf ihrer Homepage bekannte die KS Tor freimütig: „We are at war with Z.O.G.“¹⁰. Mehrere ehemalige Mitglieder der KS Tor sind nach wie vor in der rechtsextremistischen Szene Berlins aktiv. Insbesondere deren Führungsaktivisten hatten und haben bis heute enormen Einfluss in diversen Gruppierungen des aktionsorientierten Rechtsextremismus, wie etwa den „Autonomen Nationalisten“.

Dieser Einfluss wurde durch das verstärkte Engagement in Gremien der Berliner NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) nochmals gestärkt und belegt auch nachträglich, um welch fanatische und ideologisch gefestigte Neonazis es sich bei den damaligen KS-Tor-Aktivist*innen handelt. Dies trifft auch auf mehrere Mitglieder der Kameradschaft „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) zu, die in den Jahren 2003 bis 2005 schwerpunktmäßig in den im Bezirk Treptow-Köpenick gelegenen Ortsteilen Schöneweide und Johannisthal aktiv war. Der BASO gehörten wie der KS Tor ebenfalls zwischen 10 und 15 feste Mitglieder an. Die Kameradschaft erregte vor allem damit Aufmerksamkeit, dass im Zentrum ihrer öffentlichen Auftritte weit mehr jugend- und sozialpolitische Forderungen standen, als bloße neonazistische Propaganda. So beteiligte sich die BASO an den sogenannten „Montagsdemonstrationen“, die 2004 gegen die als „Hartz-IV-Reformen“ bekannt gewordenen sozialpolitischen Maßnahmen der damaligen Bundesregierung stattfanden. Am 13. September 2004 gelang es den Mitgliedern der BASO gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg, einen etwa 50 Personen umfassenden Block auf einer dieser „Montagsdemos“ in Oranienburg zu bilden. Ein vor allem für die öffentliche Wahrnehmung der Kameradschaft beachtlicher Erfolg.

Die Kameradschaften BASO und Tor trieben mit neuen Aktionsformen und Inhalten die „Modernisierung“ der Kameradschaftsszene voran und trugen damit entscheidend zum Erstarken des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin bei.

Vor allem war es aber die von der BASO bereits 2003 initiierte Kampagne für ein „Nationales Jugendzentrum“, die für lange Zeit zum zentralen Thema des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin werden sollte. Mit dieser Thematik erhielt die BASO nicht nur die breite Unterstützung der gesamten rechtsextremistischen Szene. Auch ein darüber hinausgehendes Mobilisierungspotenzial konnte damit zumindest tempo-

¹⁰ Z.O.G. steht für „Zionist Occupied Government“ und transportiert die rechtsextremistische Verschwörungstheorie, nach der westliche Demokratien von Juden gesteuert und beherrscht werden.

rär erschlossen werden. Die zwischen 2003 und 2008 jährlich im Dezember durchgeführte Demonstration unter dem Motto: „Jugend braucht Perspektiven! Für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums“ entwickelte sich zu einer der größten rechtsextremistischen Veranstaltungen in Berlin, an der jeweils bis zu 800 Rechtsextremisten teilnahmen.

Während die KS Tor wesentlichen Einfluss auf eine neue, moderne Außerdarstellung des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin hatte, gelang es der BASO neue, vordergründig nicht rechtsextremistische Themenfelder für die Szene zu erschließen. Mit ihren Aktivitäten entfalteten beide Gruppierungen eine beachtliche Dynamik innerhalb der zu diesem Zeitpunkt weitgehend zerstrittenen und initiativlosen Kameradschaftsszene. Mit der von der KS Tor und der BASO maßgeblich vorangetriebenen „Modernisierung“ des aktionsorientierten Rechtsextremismus erfuhr die Szene in inhaltlicher und struktureller Hinsicht einen Aufschwung. Auch personell erstarkte die Kameradschaftsszene in Berlin, die im Jahr 2004 auf bis zu 150 Unterstützer zurückgreifen konnte.

Mit ihrer aggressiven Propaganda und dem provokanten und oft gewalttätigen Auftreten ihrer Mitglieder gerieten beide Kameradschaften allerdings auch immer stärker ins Visier der Sicherheitsbehörden. Mehrere Ermittlungsverfahren u. a. wegen des Verdachts der Volksverhetzung wurden eingeleitet und Durchsuchungsmaßnahmen gegen führende Aktivisten der KS Tor und BASO durchgeführt. Am 9. März 2005 verfügte die Senatsverwaltung für Inneres Berlin schließlich die Auflösung beider Kameradschaften, da sich deren Aktivitäten in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten.

Mit diesem Verbot gelang ein empfindlicher Schlag gegen den aktionsorientierten Rechtsextremismus, der in der Berliner Kameradschaftsszene lange nachwirkte. Bereits im Jahr des Verbots reduzierte sich die Anzahl der Kameradschaftsanhänger um knapp drei Viertel. Weitere Gruppierungen lösten sich auf und das Aktivitätsniveau der verbliebenen Kameradschaften sank rapide. Der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Berlin stand damit vor einem Umbruch, bei dem die „klassische“ Kameradschaftsstruktur zum Auslaufmodell wurde und zunächst kaum noch von Bedeutung war.

1.4 Frontbann 24 und die Berliner Kameradschaftsszene nach den BASO- und KS Tor-Verboten

Im Zuge dieses Umbruchs verschwanden in den folgenden Jahren nahezu alle in Berlin noch aktiven Kameradschaften.¹¹ Im November 2006 erklärte mit der „Berliner Sektion“ des „Märkischen Heimatschutzes“ (MHS) schließlich auch die letzte verbliebene relevante Berliner Kameradschaft ihre Auflösung. Begründet wurde dies vom Vorsitzenden des MHS u. a. damit, dass die zahlreichen Vereinsverbote gezeigt hätten, dass die Kameradschaftsstruktur kein zukunftsfähiges Modell für die Szene sei. „Der Kampf...für das Reich“¹² sei vielmehr auf anderen Wegen fortzuführen.

Es zeigte sich allerdings, dass diese anderen Wege durchaus auf Widerspruch innerhalb der Szene stießen und sich keineswegs alle aktionsorientierten Rechtsextremisten vom Kameradschaftsmodell verabschieden wollten. Am 1. Oktober 2008 gründete sich im Bezirk Treptow-Köpenick die Kameradschaft „Frontbann 24“, in der sich aktionsorientierte und zumeist

¹¹ Diese Entwicklung ist nicht ohne weiteres auf das aktionsorientierte Netzwerk „Rechtsextremistische Musik“ übertragbar. In der rechtsextremistischen Musikszene Berlins sind Kameradschaften wie die „Kameradschaft Spreewacht“, „Lichtenberg 35“ oder die „Vandalen“ weiterhin aktiv. Diese Kameradschaften agieren vor allem im Umfeld rechtsextremistischer Bands, die sie logistisch unterstützen.

¹² Internetauftritt des „Märkischen Heimatschutzes (MHS) - Sektion Berlin“, abgerufen am 13.11.2006.

lebensältere Rechtsextremisten zwischen 30 und 40 Jahren sammelten, die eher zu traditionellen Ausdrucksformen ihrer neonazistischen Gesinnung neigten. Diese Ausrichtung manifestierte sich auch am Namen der Kameradschaft, der sich an der 1924 gegründeten SA-Vorläuferorganisation „Frontbann“ orientierte. Binnen weniger Monate wuchs die Anhängerschaft der Kameradschaft auf ca. 50 bis 60 Personen, die überwiegend aus den Bezirken Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und der Süd-Neuköllner Skinheadszene stammten.



Verbotenes Logo
von „Frontbann 24“

Die intensive Rekrutierungsarbeit der Kameradschaft ging einher mit antisemitischer, revisionistischer und demokratiefeindlicher Propaganda sowie einem martialischen, uniformierten Auftreten in der Öffentlichkeit¹³. Nachdem im Rahmen von polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen bei Mitgliedern von „Frontbann 24“ Schlag- und Stichwaffen, Uniformbestandteile und diverse Devotionalien mit nationalsozialistischen Bezügen aufgefunden worden waren, verbot der Senator für Inneres und Sport Berlin die Kameradschaft am 5. November 2011. In der Verbotsverfügung heißt es u. a., dass „'Frontbann 24'...in Vorstellungskraft und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweist“ und sich „in aktiv-kämpferischer Weise gegen Institutionen und Akteure“ der Bundesrepublik Deutschland richtet. Damit ereilte die Kameradschaft nur ein Jahr nach ihrer Gründung das gleiche Schicksal wie die letzten relevanten Berliner Kameradschaften BASO und KS Tor.

Die kurze Lebensdauer von „Frontbann 24“ darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin bis heute ein „Bedarf“ an festen Kameradschaftsstrukturen besteht. Für einen nicht zu unterschätzenden Teil der Szene sind Parteistrukturen wie die der NPD ebenso unattraktiv wie die weitgehend strukturlosen Netzwerke der „Autonomen Nationalisten“. Das Bedürfnis nach einer festen Gruppenstruktur und klaren Hierarchien, der Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und nicht zuletzt der Führungsanspruch einzelner Rechtsextremisten sind Kernelemente der anhaltenden Attraktivität von Kameradschaftsstrukturen.

So erklären sich auch die nach dem „Frontbann 24“-Verbot immer wieder unternommenen Versuche, solche Kameradschaftsstrukturen zu etablieren. Gruppierungen wie die „Freien Nationalisten Berlin Mitte“ (FNBM) oder die im nördlichen Pankow aktive „Aktionsgruppe Buch“ (AGB) sind die jüngsten Beispiele hierfür. Auch dass Kameradschaften aus anderen Bundesländern, in denen das Kameradschaftsmodell noch eine viel zentralere Rolle spielt als in Berlin, Ableger in Berlin zu gründen versuchen, scheint für die Zukunft denkbar. Insofern hat das Kameradschaftsmodell vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Vereinsverboten zwar merklich an Attraktivität für die Szene eingebüßt. Um die Aktionsfähigkeit und den Zusammenhalt einer lokalen Neonazi-Szene zu steigern, werden Kameradschaftsstrukturen allerdings auch weiterhin von Bedeutung für den aktionsorientierten Rechtsextremismus bleiben.

¹³ Die „Frontbann 24“-Mitglieder traten in einer überwiegend in schwarz gehaltenen Uniform auf, deren Hemd mit einem Reichsadler und der Zahl 24 verziert war. In Kombination mit den öffentlich von den Kameradschaftsmitgliedern getragenen schwarz-weiß-roten Fahnen erinnerte ihr Auftreten stark an das des historischen „Frontbann“ und der SA.

2 „Autonome Nationalisten“

„Wer eine friedliche Revolution verhindert, macht eine gewaltsame unausweichlich.“¹⁴

2.1 Vom Randphänomen zum integralen Bestandteil der Neonaziszene

Während die Bedeutung „klassischer“ Kameradschaften stetig abnahm, geriet eine neue Aktions- und Organisationsform innerhalb der Neonaziszene immer stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. „Autonome Nationalisten“ wurden zunächst innerhalb der Szene, aber nach und nach auch darüber hinaus, zum Synonym für ein neues, modernes Erscheinungsbild des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Erstmals tauchte der Begriff der „Autonomen Nationalisten“ bereits in den 1990er Jahren auf, als sich Neonazis nach dem Verbot mehrerer bundesweiter Organisationen in informellen Kleingruppen ohne feste Strukturen sammelten. Der Begriff wurde zum damaligen Zeitpunkt allerdings kaum mit Leben gefüllt, da sich das Gros dieser Kleingruppen innerhalb kurzer Zeit zu festen Kameradschaften entwickelte.



¹⁴ Transparent auf einer rechtsextremistischen Demonstration, die am 16.4.2005 in Essen unter dem Motto: „Keine Waffen für Israel! Keine Unterstützung für Zionisten“ stattfand.

Erst ab dem Jahr 2002 - dann aber mit enormer Vehemenz - gelang es aktionsorientierten Rechtsextremisten aus dem Begriff „Autonome Nationalisten“ mehr als eine bloße Wortschöpfung zu machen. Bei Demonstrationen wurde explizit zur Bildung „nationalrevolutionärer, schwarzer Blöcke“ aufgerufen. Größere Gruppen von Rechtsextremisten präsentierten sich plötzlich in einem Outfit, das nicht mehr von dem linksextremistischer Autonomen zu unterscheiden war. Offen verwandten Rechtsextremisten bei ihren verbalen Angriffen auf den verhassten Staat und politische Gegner plötzlich Anglizismen und „linke“ Symbole wie Che-Guevara-Aufdrucke, PLO-Halstücher etc.



Es war in erster Linie ein Bruch mit dem von Teilen der Szene als vollständig überholt empfundenen Auftreten von Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit, der sich dabei vollzog. Ohne dass es eine theoretische Fundierung des Konzeptes vom „Autonomen Nationalismus“ gegeben hätte, grenzten sich deren Aktivisten vor allem mit ihren Aktionsformen und ihrem Erscheinungsbild sowohl von biederen rechtsextremistischen Parteigängern als auch dem strengen Dresscode rechtsextremistischer Skinheads ab. Das Ziel dieser Strategie war un schwer zu erkennen: Neue, insbesondere jugendliche Aktivisten sollten für die rechtsextremistische Szene gewonnen werden.

„Autonome Nationalisten“

- agieren auf der Grundlage neonazistischer (vorzugsweise nationalrevolutionärer und kapitalismuskritischer) Ideologiefragmente,
- organisieren sich in informellen, teilweise konspirativen Gruppenstrukturen,
- sind spontan mobilisierbar, situativ handlungsfähig und besitzen einen niedrighschwelligem Zugang („Mitgliedschaft durch Mitmachen“),
- präsentieren sich öffentlich unkonventionell und mit betont jugendaffinem Habitus,
- verbreiten neonazistische Propaganda und bedrohen und attackieren insbesondere den politischen Gegner („Anti-Antifa-Aktivitäten“), von dem sie gleichwohl Aktionsformen und Erscheinungsbild („schwarzer Block“) kopieren.

Ideologische Unterschiede zwischen „Autonomen Nationalisten“ und der restlichen rechtsextremistischen Szene existierten hingegen kaum. Vielmehr sahen sich die Initiatoren „schwarzer Blöcke“ zu öffentlichen Erklärungen gegenüber anderen Neonazis gezwungen, in denen sie betonten, dass es „keine ideologischen Differenzen“¹⁵ gäbe, sondern nur darum ginge, andere Aktionsformen für die Szene zu erschließen. Ungeachtet solcher Versicherungen stieß das Konzept der „Autonomen Nationalisten“ in weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene zunächst auf Ablehnung. Mit der Kampagne „Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke NICHT!“ distanzierten sich große Teile der Neonazi-Szene und auch der NPD zunächst von den „Autonomen Nationalisten“. Im Vorfeld verschiedener Demonstrationen gab es hitzige Debatten darüber, ob „Autonome Nationalisten“ als Teilnehmer erwünscht seien, oder ob diese „aus unseren Reihen zu verschwinden“¹⁶ hätten.

Die bis Mitte der 2000er Jahre verbreiteten szeneeinternen Vorbehalte verschwanden allerdings mit dem wachsenden Erfolg, den „Autonome Nationalisten“ in bestimmten Regionen verzeichnen konnten. Vor allem in urbanen Gebieten, wie dem Ruhrgebiet und auch in Berlin, gelang es Gruppierungen „Autonomer Nationalisten“, eine wachsende Zahl von Anhängern an sich zu binden. Darüber hinaus steigerten „Autonome Nationalisten“ ihre szeneeinterne Akzeptanz durch einen vielfältigen Aktionismus und ihr geschlossenes Auftreten. Dabei fand auch ein fundamentaler Wandel in der Wahrnehmung ihrer Aktivitäten statt. An die Stelle von Warnungen vor Krawall und Randalen durch andere Rechtsextremisten fanden sich zunehmend anerkennende Stellungnahmen insbesondere zu gewalttätig eskalierten Demonstrationen der „Autonomen Nationalisten“. Endlich, so der Tenor solcher Stellungnahmen, würden Repressionen des Staates oder der Zivilgesellschaft nicht mehr einfach hingenommen. Nachdem es im Zuge einer Demonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg zu schweren Ausschreitungen durch mehrere hundert „Autonome Nationalisten“ gekommen war, resümierte ein rechtsextremistisches Internetportal: „Die Zeiten, in denen nationale Demonstranten jede Willkür stumm über sich ergehen lassen haben, scheinen vorüber.“¹⁷

15 <http://freier-widerstand.net/texte>, abgerufen am 16.3.2004.

16 Flugblatt „Schwarze Fahnen – statt schwarze Blöcke“ der „Kameradschaft Festungsstadt Magdeburg“ / „Aktionsbüro Norddeutschland“, 2004.

17 Internetportal „Altermedia“, zitiert nach: Behörde für Inneres und Sport Hamburg: „1. Mai-Demonstration in Hamburg – Rechtsextremisten betrachten den Verlauf als propagandistischen Erfolg“, www.hamburg.de, abgerufen am 24.7.2013.

2.2 Der Aufstieg der „Autonomen Nationalisten“ zum dominierenden Akteur des Berliner Rechtsextremismus

„Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff“¹⁸

Die Entstehung der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin

Ein enormes Maß an Gewaltbereitschaft und ein betont aggressives Auftreten prägten auch die Aktivitäten „Autonomer Nationalisten“ in Berlin. Öffentlich traten sie erstmals im Januar bzw. Februar 2002 in Erscheinung, als sich eine Gruppe Berliner Rechtsextremisten auf den „Trauermärschen“ der Szene in Magdeburg und Dresden hinter einem Transparent mit der Aufschrift: „Organisiert den nationalen schwarzen Block - unterstützt örtliche Anti-Antifa Gruppen - wehrt euch und schlägt zurück - Autonome Nationalisten Berlin“ versammelte. Parallel dazu tauchten Flugblätter mit Drohungen gegen bekannte „Antifa“-Aktivisten auf, die mit dem Kürzel ANB („Autonome Nationalisten Berlin“) versehen waren. Auch im öffentlichen Straßenland fand sich dieses Kürzel zunehmend in Verbindung mit Schmierereien wieder, mit denen politische Gegner bedroht oder verunglimpft wurden.

Zu diesem Zeitpunkt waren die „Autonomen Nationalisten“ in Berlin noch keine eigenständige Gruppierung. Vielmehr handelte es sich um ein konspiratives Projekt, in dessen Rahmen die Führungsaktivisten mehrerer Berliner Kameradschaften - darunter die KS Tor, BASO und die „Vereinten Nationalisten Nord-Ost“ (VNNO) - anlassbezogen miteinander agierten. Zweck dieser Zusammenarbeit war es, gemeinsam und koordiniert gegen den politischen Gegner in Gestalt der „Antifa“, von „Linken“ oder anderen Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagierten, vorzugehen. Dabei spielten Gewalttrheto-

rik und die tatsächliche Anwendung von Gewalt von Anfang an eine zentrale Rolle. Hierzu gehörten neben der systematischen Ausspähung und Bedrohung politischer Gegner auch tätliche Übergriffe. Ein besonders brutales Beispiel hierfür war der Angriff von drei „Autonomen Nationalisten“ auf mehrere Musiker im Bezirk Pankow. Am 26. April 2005 drangen die rechtsextremistischen Täter in den Proberaum der von ihnen als „links“ definierten Musikband ein und schlugen mit Fäusten und Teleskopschlagstöcken auf ihre Opfer ein, auch als diese bereits am Boden lagen.

Zwei Elemente waren für die Entstehung „Autonomer Nationalisten“ in Berlin konstitutiv:

- das koordinierte Vorgehen (szeneintern als „Gegenwehr“ verstanden) gegen die „Antifa“
- das Ausweichen vor vermeintlichem oder tatsächlichem staatlichen Verfolgungsdruck durch fehlende Strukturen.

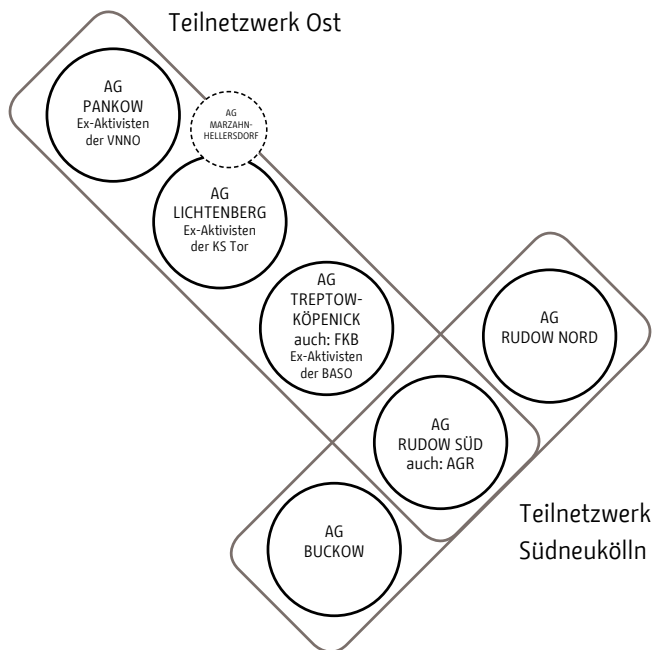
Handelte es sich bei den „Autonomen Nationalisten“ bis 2005 in Berlin lediglich um ein Projekt mehrerer rechtsextremistischer Kameradschaften, erfuhr dieses neue Phänomen nach den Verboten der KS Tor und der BASO einen enormen Bedeutungszuwachs. Bereits vor dem Verbot dieser Kameradschaften waren nicht unerhebliche Teile ihrer Mitglieder, insbesondere aber ihres Führungspersonals, als „Autonome Nationalisten“ aktiv. Deren konspiratives Agieren und die von ihnen etablierten Kommunikationswege erwiesen sich schnell als optimale Möglichkeit, weiterhin gemeinsam politisch zu agieren, ohne sich mit festen Strukturen der Gefahr eines weiteren Verbotsverfahrens auszusetzen. Nach außen möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, war eine der Hauptintentionen für den Auf- und Ausbau der informellen Netzwerkstrukturen durch die „Autonomen Nationalisten“.

¹⁸ Motto und Front-Transparent einer rechtsextremistischen Demonstration am 10.10.2009 in Berlin.

Struktur und Funktionsweise

Dass die „Autonomen Nationalisten“ nach den Verboten der Kameradschaften BASO und KS Tor zunächst mit einer Vielzahl von Labels und temporären Bezeichnungen bzw. Pseudonymen operierten, diente der weiteren Verschleierung ihrer Strukturen und personellen Zusammensetzung. Tatsächlich verbargen sich hinter Bezeichnungen wie den „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB), „Nationaler Widerstand Berlin“ (NWB), „Freie Kräfte Berlin“ (FKB) oder auch „Aktionsgruppe Rudow“ (AGR) zunächst zwei eng miteinander kooperierende Teilnetzwerke.

Innerhalb dieser beiden Teilnetzwerke „Ost“ und „Südneukölln“ waren mehrere Aktionsgruppen aktiv, in denen zwischen fünf und 20 Rechtsextremisten vollkommen unabhängig



Netzwerkstruktur der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin 2007 (inkl. verwandter Pseudonyme)

AG = Aktionsgruppe

voneinander agierten. Alle Aktionsgruppen wiesen ebenso wie die beiden Teilnetzwerke insgesamt keinerlei feste Bindungen (formale Mitgliedschaften, Kassen- und Buchführung) auf. Mitgliedschaft entstand allein durch die Beteiligung an gemeinsamen, oft spontanen Aktionen („Mitgliedschaft durch Mitmachen“).

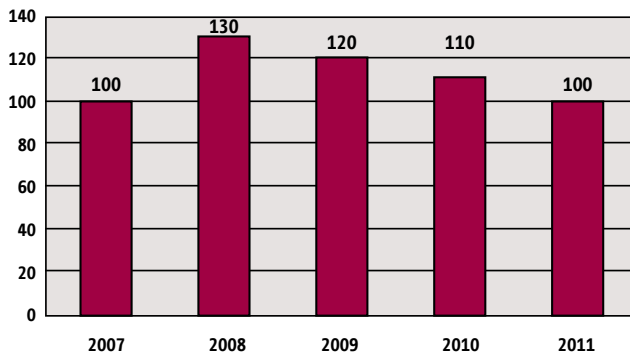
Diese Netzwerkstruktur wurde in den folgenden Jahren weiter vertieft. Eine besondere Rolle fiel dabei auf einen lokalen Führungspersonlichkeiten zu, welche die Aktivitäten der jeweiligen Aktionsgruppe koordinierten. Deren Führungsrolle ergab sich aus einem einschlägigen Aktivitätsvorlauf, musste aber durch Erreichbarkeit, Verbindlichkeit und ein gewisses Maß an Organisationskompetenz auch ständig neu bestätigt werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Funktionalität dieses Netzwerkes war zum anderen die Nutzung moderner Kommunikationsmittel und der Aufbau funktionierender Informations- und Kommunikationsstränge. Auf diese Weise wurden durch E-Mail- und SMS-Ketten sowohl kurzfristige Absprachen unter den Führungskräften als auch die Mobilisierung der weiteren Aktivisten sichergestellt. Dieses funktionierende und auch leistungsfähige Kommunikationsnetzwerk und die damit verbundene spontane Mobilisierbarkeit ihrer Aktivisten war einer der Hauptgründe für den Aufstieg der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin.

Ab 2010 stagnierte diese Entwicklung, wofür personelle aber auch strukturelle Gründe ausschlaggebend waren. Die lokalen Aktionsgruppen der „Autonomen Nationalisten“ in Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick zerfielen bzw. entfalteten nach dem Verlust einiger Führungsaktivisten kaum noch Aktivitäten. Das Prinzip der „informellen Gruppe“ und die Abhängigkeit der einzelnen Aktionsgruppen von ihren lokalen Anführern erwiesen sich in dieser Situation als klare Nachteile. Gleichzeitig begannen sich die Aktionsgruppen der „Autonomen Nationalisten“ in Lichtenberg und Neukölln immer mehr

nach außen abzuschotten. Nur lose eingebundene Personen wurden zusehends aus den Kommunikationsnetzwerken der „Autonomen Nationalisten“ verdrängt und die verbliebenen Aktivisten einem permanenten Aktivitätsdruck ausgesetzt. Das lange gültige Prinzip der „Mitgliedschaft durch Mitmachen“ wurde dadurch sukzessive außer Kraft gesetzt. Diese Schließungstendenzen hatten zur Folge, dass die „Autonomen Nationalisten“ zwischen 2008 und 2011 etwa ein Viertel ihrer Anhänger verloren.

Entwicklung des Personenpotenziales der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin zwischen 2007 und 2011



Dies bedeutete allerdings per se noch keine Schwächung der „Autonomen Nationalisten“. Vielmehr fand ein Paradigmenwechsel statt, in dessen Zuge die „Autonomen Nationalisten“ nicht mehr auf quantitatives Wachstum setzten, sondern eine ideologische und organisatorische Festigung ihrer Gruppierung anstrebten. Kurzzeitig war diese Strategie durchaus erfolgreich. So gelang es den „Autonomen Nationalisten“ 2011 über mehrere Monate mit einer fremdenfeindlichen „Ausländer Raus Kampagne“ öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Auch die Anmietung von zwei Immobilien in den Bezirken Lichtenberg und Neukölln mit dem Ziel, diese als „Nationale Jugendzentren“ zu nutzen, diente der Stärkung des organisatorischen Unterbaus der „Autonomen Nationalisten“.

Allerdings konnte der Zerfall ihres Netzwerkes auch dadurch nicht aufgehalten werden. Ein rückläufiges Aktivistenpotenzial, die Inaktivität mehrerer lokaler Stützpunkte und nicht zuletzt die zunehmende Abschottung der „Autonomen Nationalisten“ in Lichtenberg und Neukölln führten in der Summe dazu, dass kaum noch neue Anhänger gewonnen und immer weniger der noch verbliebenen Aktivisten mobilisiert werden konnten. So waren die „Autonomen Nationalisten“ immer stärker auf die Zusammenarbeit mit aktionsorientierten Rechtsextremisten außerhalb ihrer Netzwerkstrukturen¹⁹ angewiesen. Eine Abhängigkeit, die dazu führte, dass die Gruppierung der „Autonomen Nationalisten“ vollständig im Netzwerk „Freie Kräfte“ aufging.

Ideologie und Aktivitäten

Ihre strategischen Ziele richteten die „Autonomen Nationalisten“ als aktionsorientierte Rechtsextremisten primär am „Kampf um die Straße“ aus. Der Entwurf eines politischen Programms spielte dabei zunächst ebenso wenig eine Rolle wie die Definition eindeutiger ideologischer Positionen. Ihre rechtsextremistische Gesinnung drückten die „Autonomen Nationalisten“ vor allem durch die propagandistische Verbreitung von Versatzstücken einer neonazistischen Ideologie aus. Ziel dieser öffentlichen Propaganda war dabei in erster Linie der um den öffentlichen Raum konkurrierende politische Gegner.

„Anti-Antifa“ und Gewalt

Diese Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner war eines der zentralen Elemente für die Entstehung der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin. Outing-Aktivitäten der links-extremistischen „Antifa“ führten im Kreis aktionsorientierter Rechtsextremisten zum Aufbau einer eigenen Gruppierung, die dem Ausspähen, Bedrohen und Provozieren des politischen Gegners dienen sollte. Als solche Gegner wurden allerdings

¹⁹ Hierbei handelt es sich vor allem um subkulturell geprägte und zum Teil lebensältere Rechtsextremisten aus der Kameradschaftsszene. Siehe „Netzwerk ‚Freie Kräfte‘ - Altes Personal und neue Allianzen“, S. 32 ff.

keineswegs nur „Antifa“-Aktivisten ausgemacht, sondern auch Journalisten, Polizisten und Lokalpolitiker. Nicht selten wurde versucht, Veranstaltungen demokratischer Parteien oder zivilgesellschaftlicher Organisationen zu stören. Zur gängigen Praxis „Autonomer Nationalisten“ gehörten insbesondere auch Sachbeschädigungen und Schmierereien an Objekten politischer Gegner. All diese Aktivitäten dienten in erster Linie dazu, eine latente Drohkulisse zu schaffen und Macht im öffentlichen Raum auszuüben.

Mit ihren Aktivitäten steigerten die „Autonomen Nationalisten“ die verbale Aggressivität und physische Gewaltbereitschaft des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin spürbar.

Die „Autonomen Nationalisten“ waren dabei zu jeder Zeit bereit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auch mit Gewalt zu führen. Ihre hohe latente Gewaltbereitschaft stellten sie in zahlreichen verbalen Bekundungen des „Kampfeswillens“ und der Verherrlichung von Gewalttaten unter Beweis. Auch die Schwelle zur Ausübung tatsächlicher Gewalt war niedrig. Einer der drastischsten Belege hierfür ereignete sich am 11. Juli 2007. Im Rahmen einer Demonstration gegen den Neubau einer Moschee im Bezirk Pankow teilte sich auf Kommando hin eine Gruppe von etwa 15 verummten, mit schwarzen Kapuzen, Basecaps, Tüchern und Sonnenbrillen bekleideten „Autonomen Nationalisten“ von den übrigen Demonstranten ab und stürzte sich mit Faustschlägen und Tritten sowie dem Ruf: „Alerta, Alerta, Nationalista“²⁰ auf Gegendemonstranten. Nach dieser Attacke mussten sich mehrere führende Aktivisten der „Autonomen Nationalisten“ wegen Körperverletzungsdelikten und schwerem Landfriedensbruch vor Gericht verantworten und wurden zu mehrmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt.

²⁰ Mit diesem Ausruf, der sich auf das auf vielen antifaschistischen Demonstrationen gerufene Motto: „Alerta, alerta Antifascista“ bezog, sollten die Gegendemonstranten zusätzlich provoziert werden.



Seit 2008 nahm das Internet eine immer zentralere Rolle bei den „Anti-Antifa“-Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ ein. Auf ihrer Internetpräsenz „nw-berlin.net“ richteten sie eine „Chronik“ der Aktivitäten der von ihnen so bezeichneten „Linkskriminellen“ ein. Unter dem Slogan „Antifaschisten haben Namen und Adressen“ wurde dazu aufgefordert, „linksexterne Aktionen“ zu melden und öffentlich zu machen. 2009 wurde auf derselben Internetpräsenz in fünf Folgen eine „Liste linker Läden“ eingestellt, „um diese an die Öffentlichkeit zu ziehen“²¹. Eine Vielzahl der auf dieser Liste befindlichen Objekte wurde danach zum Ziel rechtsextremistischer Schmierereien wie „Neun Millimeter“ oder „C4 for Reds“.²²



Im Juni 2011 wurde auf fünf Objekte der politischen Gegner, die ebenfalls namentlich und unter Angabe der jeweiligen Anschrift auf der Internetpräsenz der „Autonomen Nationalisten“

²¹ <http://nw-berlin.net>: „Liste linker Läden“, abgerufen am 19.3.2009.

²² Mit „Neun Millimeter“ ist ein Schusswaffenkaliber gemeint, „C4“ steht für einen Plastiksprengstoff und „Reds“ für den politischen Gegner.

aufgeführt waren, Brandanschläge verübt. Die zeitliche Nähe dieser Brandanschläge zu vermutlich linksextremistisch motivierten Übergriffen auf NPD-Funktionäre lassen einen rechtsextremistischen Hintergrund der Brandanschläge vermuten. Gestützt wurde diese Vermutung zudem durch die öffentlich bekannt gewordene SMS eines Berliner Rechtsextremisten aus den Reihen der „Autonomen Nationalisten“, der hiernach unter Verweis auf die auf „nw-berlin.net“ eingestellte „Liste linker Läden“ zur Vergeltung aufrief. Nachdem Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen den Druck auf „nw-berlin.net“ spürbar erhöht hatten, wurde die Internetpräsenz der „Autonomen Nationalisten“ zunächst indiziert und im Dezember 2012 endgültig abgeschaltet.

Propaganda und Demonstrationen

Die bloße Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner genügte den „Autonomen Nationalisten“ allerdings immer weniger. Stattdessen entwickelte ein Teil ihrer Führungsaktivisten ein zunehmend elitäres Bewusstsein als „Speerspitze“ der Bewegung, der auch die Vermittlung ideologischer Grundlagen zufällt. Diesem Zweck dienten die zahlreichen von den „Autonomen Nationalisten“ entfalteten Propagandaaktivitäten. Wurden ideologische Inhalte dabei zunächst nur in fragmentarischer Form von Schmierereien oder „Spuckis“ und zumeist mit dem Ziel, eigene Reviere zu markieren, transportiert, wurden diese Aktivitäten sowohl inhaltlich als auch gestalterisch zunehmend anspruchsvoller. Broschüren wurden erstellt und mehrseitige theoretische Abhandlungen ins Internet gestellt.

Neben neonazistischer Propaganda erweiterten die „Autonomen Nationalisten“ ihre Agitation sukzessive auch auf Themenfelder jenseits der ihnen naheliegenden rechtsextremistischen Bereiche. So entfalteten die „Autonomen Nationalisten“ 2010 verschiedene Aktivitäten mit antikapitalistischem Schwerpunkt. Auf eine Veranstaltung unter dem Motto: „Kapitalismus ist heilbar“ folgte eine Demonstration am 1. Mai in Berlin und die Veröffentlichung einer 28-seitigen Broschüre mit dem Titel:

„Antikapitalismus von rechts“. Auch umwelt- und energiepolitische Themen wurde von den „Autonomen Nationalisten“ in Artikeln über die Zukunft der Atomkraft oder der Gentechnik aufgegriffen. Mit dieser Erweiterung des Themenspektrums sollten gezielt junge Menschen über ihnen naheliegende Themen und in ihrer Sprache erreicht und in rechtsextremistischer Intention „anpolitisiert“ werden.

Trotz dieser Bemühungen um eine Verbreiterung ihres inhaltlichen Spektrums standen „klassisch“ rechtsextremistische Themen stets im Zentrum der Propagandaaktivitäten der „Autonomen Nationalisten“. Die meisten ihrer Schmier-, Sprüh- und Klebeaktionen hatten geschichtsrevisionistische oder fremdenfeindliche Inhalte. Beispiele hierfür sind die jährlich wiederkehrenden „Rudolf-Heß-Gedenkwochen“²³ oder die „Ausländer Raus Kampagne“²⁴, die von „Autonomen Nationalisten“ im Frühjahr 2011 initiiert wurde.

Eine weitere zentrale Rolle in den öffentlichen Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ spielte die Teilnahme an und die Durchführung von Demonstrationen. Ähnlich wie bei der Verbreitung von Propaganda war auch bei den demonstrativen Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ eine Professionalisierung feststellbar, sowohl im Hinblick auf die Mobilisierung als auch die Durchführung von Demonstrationen.

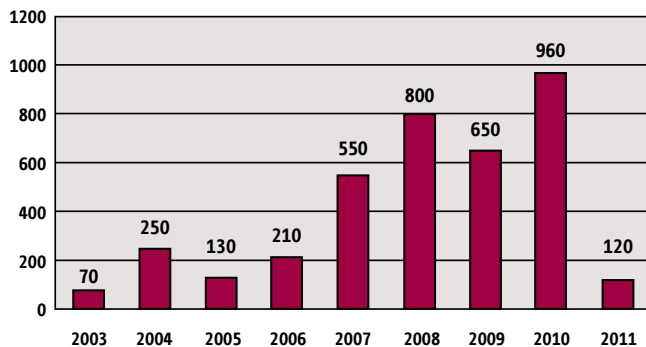
Von besonderer Bedeutung war hierfür die „Jugend braucht Perspektiven“-Kampagne, mit der zunächst die Kamerad-

23 Rudolf Heß war ein führender Nationalsozialist und fanatischer Anhänger Adolf Hitlers. Während der „Rudolf-Heß-Gedenkwochen“ im August jeden Jahres kleben „Autonome Nationalisten“ Aufkleber und Plakate, auf denen Heß glorifiziert und die These vertreten wird, dass er 1987 „in alliierter Haft von Britischen Besatzungsmächten ermordet“ wurde.

24 Auslöser dieser Kampagne war ein medienbekannter Vorfall, bei dem am 11.2.2011 ein Passant im U-Bahnhof Lichtenberg offensichtlich grundlos von einer Tätergruppe mit Migrationshintergrund zusammengeschlagen worden war. Dieser Vorfall wurde von den „Autonomen Nationalisten“ für eine fremdenfeindliche Kampagne instrumentalisiert, in deren Zuge über mehrere Monate vor allem mit vielfältigen Propagandaaktionen im gesamten Stadtgebiet gegen Ausländer und Migranten gehetzt wurde.

schaften BASO und KS Tor und später die „Autonomen Nationalisten“ seit 2003 öffentlich die Errichtung eines „Nationalen Jugendzentrums“ forderten. Bei den jährlich im Dezember durchgeführten Demonstrationen zu diesem Thema handelte es sich zunächst um Veranstaltungen, deren Teilnehmer aus einem kleinen Kreis der rechtsextremistischen Szene Berlins stammten. Nach und nach gelang es den „Autonomen Nationalisten“ mehr Berliner Rechtsextremisten auch aus anderen Spektren, wie etwa der NPD, und eine beträchtliche Anzahl auswärtiger Rechtsextremisten zu mobilisieren. 2008 nahmen schließlich etwa 800 Rechtsextremisten an der bislang letzten „Jugend braucht Perspektiven“-Demonstration der „Autonomen Nationalisten“ teil. In den steigenden Zahlen der Demonstrationsteilnehmer spiegelte sich auch die zunehmende Bedeutung der „Autonomen Nationalisten“ für die rechtsextremistische Szene in und außerhalb Berlins wider.

Anzahl der Teilnehmer an der im jeweiligen Jahr größten Demonstration der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin



Welch exponierte Rolle die Berliner „Autonomen Nationalisten“ in der überregionalen rechtsextremistischen Szene mittlerweile einnahmen, stellten sie auch 2009 unter Beweis. Nachdem am 4. Oktober 2009 bei einem Brandanschlag auf ein rechtsextremistisches Szenelokal ein „Kamerad“ lebensgefährlich verletzt wurde, mobilisierten die „Autonomen Nationalisten“

in weniger als einer Woche 650 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet für eine Demonstration unter dem Motto „Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff“. Eine Teilnehmerzahl, die vor dem Hintergrund der extrem kurzen Mobilisierungsphase als großer Erfolg für die „Autonomen Nationalisten“ zu bewerten war und deren hohes personales und strategisches Potenzial dokumentierte.

Den bisherigen Höhepunkt der Demonstrationstätigkeit der „Autonomen Nationalisten“ stellte die für den 1. Mai 2010 angemeldete Demonstration unter dem Motto: „Unserem Volk eine Zukunft! Den bestehenden Verhältnissen den Kampf ansagen“ dar. Zur Vorbereitung warben und mobilisierten die „Autonomen Nationalisten“ über mehrere Monate im gesamten Bundesgebiet. Diese umfangreiche Kampagne, vor allem aber die vielfältigen Überlegungen im Vorfeld, die darauf ausgerichtet waren, flexibel auf mögliche Blockaden zu reagieren²⁵, offenbarten strategische Ansätze, die bis zu diesem Zeitpunkt in weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene unbekannt waren.

Am 1. Mai 2010, dem Tag der Demonstration, waren dann in Berlin insgesamt etwa 960 Rechtsextremisten an den Aktionen der „Autonomen Nationalisten“ beteiligt. Ca. 640 von ihnen fanden sich am geplanten Versammlungsort am S-Bahnhof Bornholmer Straße mit dem Ziel der Demonstration durch den Prenzlauer Berg ein. Zusätzlich führten ca. 320 Rechtsextremisten eine Spontanversammlung auf dem Kurfürstendamm durch. Letztere befanden sich ursprünglich auf der S-Bahn-Anfahrt zum Versammlungsort, stiegen dann jedoch plötzlich am S-Bahnhof Halensee aus und liefen im Laufschrift etwa 1,5 Kilometer über den Kurfürstendamm. Hier konnten sie von der Polizei gestoppt und in Gewahrsam genommen werden. Die ei-

²⁵ Zu diesen Überlegungen gehörten u. a. eine dezentrale Anreise der Demonstrationsteilnehmer, die Planung möglicher Ersatzveranstaltungen im Blockadefall, die Durchführung von Demonstrationstrainings oder auch die Einrichtung eines „Ermittlungsausschusses“ nach dem Vorbild linksextremistischer Autonomen.

gentliche Demonstration startete verspätet und musste nach einigen hundert Metern wegen Blockaden der Gegenöffentlichkeit wieder umkehren. Insbesondere der Spontanaufmarsch am Kurfürstendamm, durch den die zahlreichen Blockadeaufrufe linker und zivilgesellschaftlicher Gruppen unterlaufen wurden, fand in der rechtsextremistischen Szene breite Anerkennung.



Bereits hier deutet sich auch ein erneuter Paradigmenwechsel an. War den „Autonomen Nationalisten“ bei ihren öffentlichen Auftritten mit der Bildung „schwarzer Blöcke“ zunächst ganz klar an einer gewalttätigen Eskalation gelegen, „politisierte“ sich die Szene in den folgenden Jahren immer stärker. Das martialische öffentliche Auftreten sollte kein reiner Selbstzweck mehr sein, sondern dem Transport politischer Botschaften und der Rekrutierung neuer Anhänger dienen. Die Aktivitäten am 1. Mai 2010 hingegen konnten als eine Art strategisches „roll-back“ betrachtet werden, durch das wieder verstärkt auf Provokation und Konfrontation gesetzt werden sollte. Dies bestätigte sich auch bei der bislang letzten von den „Autonomen Nationalisten“ organisierten Demonstration in Berlin am 14. Mai 2011. Etwa 120 Rechtsextremisten versammelten sich an diesem Tag im Stadtteil Kreuzberg, um unter dem provozierenden Motto: „Wahrheit macht frei - Die Täter beim Namen nennen“ zu demonstrieren. Allerdings eskalierte die Situation noch vor dem offiziellen Beginn der Veranstaltung, als Rechtsextremisten Polizeibeamte und Gegendemonstranten aggressiv bedrängten und körperlich attackierten.

Im Nachgang sollte diese Demonstration von den „Autonomen Nationalisten“ nochmals als „Machtdemonstration“, die gezeigt hätte, dass man sich nicht alles gefallen lasse, interpretiert werden. Tatsächlich stand sie jedoch als abgebrochene Veranstaltung mit nur noch 120 Teilnehmern durchaus symbolisch für die Tatsache, dass die Entwicklung der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin ihren Zenit überschritten hatte.

2.3 „Autonomer Nationalismus“: Erfolgs- und Auslaufmodell

Für den Niedergang der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin waren mehrere interne und externe Gründe verantwortlich. Zu einem gewissen Teil wurden sie dabei auch zum Opfer ihres eigenen „Erfolgs“. Die Bildung „schwarzer Blöcke“ auf Demonstrationen, das Tragen moderner und jugendaffiner Kleidung, eine hierarchiereduzierte Kommunikationsweise, das Besetzen nicht „klassisch“ rechtsextremistischer Themenfelder sind nur einige Beispiele für Verhaltensweisen, die maßgeblich durch die „Autonomen Nationalisten“ initiiert, binnen kurzer Zeit aber von der gesamten rechtsextremistischen Szene adaptiert wurden. Was die „Autonomen Nationalisten“ damit noch vor wenigen Jahren so außergewöhnlich und interessant machte, ist längst zum rechtsextremistischen Szene-Alltag mutiert.

Dieser Trend war bundesweit zu beobachten. Während der Anteil „Autonomer Nationalisten“ unter aktionsorientierten Rechtsextremisten noch in den Jahren 2010 (20 Prozent) und 2011 (15 Prozent) abgrenzbar zu quantifizieren war, ließ die äußerliche und inhaltliche Angleichung der Neonaziszene eine zahlenmäßige Bezifferung des Personenpotenzials „Autonomer Nationalisten“ im Jahr 2012 nicht mehr zu.²⁶

Auch der gestiegene Druck, den eine breite Öffentlichkeit und die Sicherheitsbehörden auf die gesamte rechtsextremistische Szene ausübten, hinterließ Spuren. Nur lose in das Netzwerk

²⁶ Vgl. BMI: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012, Berlin, 2012 und 2013, S. 58 f. (2011) und S. 64 (2012).

der „Autonomen Nationalisten“ eingebundene Personen kapitulierten vor diesem Druck und beendeten ihre Szeneaktivitäten. Diese Lücken mit neuen Aktivisten zu füllen, wurde für die „Autonomen Nationalisten“ immer schwieriger. Ihre Bemühungen um noch mehr Konspiration und Abschottung erschwerten die Einbindung neuer Personen in ihre Strukturen zusätzlich.

Während die meisten Gruppierungen „Autonomer Nationalisten“ nicht mehr existieren oder sich in Auflösung befinden, haben sich ihre Organisations- und Aktionsformen in der gesamten rechtsextremistischen Szene durchgesetzt und dominieren die öffentliche Wahrnehmung des aktionsorientierten Rechtsextremismus.

Auch das rückläufige Engagement mehrerer Führungsaktivisten riss Lücken in das Netzwerk der „Autonomen Nationalisten“. Hierfür waren nicht zuletzt auch persönliche Gründe ausschlaggebend. 2008/2009, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, betrug das Durchschnittsalter der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin bereits knapp 25 Jahre. Für viele ihrer damals führenden Köpfe wurden vier Jahre später, mit knapp 30 Jahren, andere Fragen, beispielsweise nach einer beruflichen und familiären Zukunft, relevanter und interessanter als der oftmals zermürende „Kampf gegen das System“.

Ein Abgesang auf das Phänomen „Autonomer Nationalismus“ ist gleichwohl nicht angebracht. Keine andere Aktions- und Organisationsform hat den aktionsorientierten Rechtsextremismus in den vergangenen zehn Jahren auch nur ansatzweise so stark und so nachhaltig geprägt. Eine Vielzahl der von den „Autonomen Nationalisten“ eingeleiteten Veränderungen sind zum festen Bestandteil der rechtsextremistischen Szene geworden, so dass es sich hierbei um weit mehr als eine bloße „Modeerscheinung des rechtsextremistischen Zeitgeis-

tes“ handelte. Vielmehr sind die „Autonomen Nationalisten“ zum Synonym dafür geworden, dass auch die „ewiggestrige“ rechtsextremistische Szene in der Lage ist, sich unter Beibehaltung ihrer menschenverachtenden und rückwärtsgewandten Ideologie aktuellen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen anzupassen.

Dies gilt für Berlin, wo die „Autonomen Nationalisten“ in den vergangenen Jahren die gesamte rechtsextremistische Szene dominierten, im Besonderen. Zwar hat sich das über mehrere Bezirke spannende Netzwerk der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin weitgehend aufgelöst. Viele Protagonisten der „Autonomen Nationalisten“ sind jedoch nach wie vor in der rechtsextremistischen Szene aktiv. Mit neuen Ideen und Allianzen gehen sie weiterhin gegen politisch Andersdenkende vor und versuchen, ihre neonazistische Ideologie zu verbreiten. Dabei fällt den Verbindungen aktionsorientierter Rechtsextremisten zur NPD in Berlin zunehmend eine Schlüsselrolle zu.

3 Der aktionsorientierte Rechtsextremismus und die NPD

„Entscheidender Fehler in der Konstruktion der nationalen Nachkriegsbewegung war der Umstand, daß sich nationale Parteien zu stark am Parlamentarismus orientiert und die außerparlamentarische Opposition vernachlässigt haben.“²⁷

3.1 „Volksfront-Strategie“ und der „Kampf um die Straße“

Das Verhältnis der NPD zu Skinhead- und Neonazi-Gruppierungen des aktionsorientierten Rechtsextremismus ist seit knapp 20 Jahren von immer wieder wechselnden Phasen der Nähe und Distanz geprägt. Von beiden Seiten wechselseitig immer wieder öffentlich vorgebrachte Abgrenzungserklärungen entsprangen allerdings zumeist rein strategisch-taktischem Kalkül. Ideologische Unterschiede spielten dabei keine Rolle. Führende Protagonisten der NPD betonten immer wieder das Selbstverständnis der Partei als „parlamentarischer Arm des nationalen Widerstandes“²⁸.

Ganz entscheidend vorangetrieben wurde die Verzahnung von NPD und Neonaziszene durch Udo Voigt, der 1996 zum Bundesvorsitzenden der NPD gewählt worden war. In dem 1997 veröffentlichten Positionspapier „Das strategische Konzept der NPD“ benannte Voigt neben dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Parlamente“ den „Kampf um die Straße“ als eine entscheidende Säule für eine erfolgreiche Zukunft der

NPD. Im Rahmen dieses „Kampfes um die Straße“ sollten die Positionen der NPD durch Demonstrationen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen auf die Straße getragen und so einer möglichst breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Explizit richtet sich dieses Angebot auch an „Skinheadgruppen“, da „die NPD keine Probleme [habe] mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten“²⁹.

Das Werben der NPD fiel in der Skinhead- und Neonaziszene der späten 1990er Jahre auf fruchtbaren Boden. Die wachsende Politisierung dieser Szene und die Radikalisierung der NPD bedingte die stärkere Kooperation beider Seiten fast zwangsläufig. Schnell zeigten sich auch die gegenseitigen Vorteile dieser engeren Zusammenarbeit. Während die NPD vor allem vom Mobilisierungspotenzial und dem Aktionismus der jugendlichen Skinhead- und Neonaziszene profitieren konnte, nutze diese die Infrastruktur und finanziellen Mittel der Partei für eigene Aktionen.

Neben diesen strategischen Überlegungen profitierte die Partei auch davon, dass mehrere rechtsextremistische Konkurrenzorganisationen in den 1990er Jahre verboten worden waren. Viele der zuvor in der „Nationalistischen Front“ (NF), „Deutschen Alternative“ (DA) oder der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aktiven Neonazis engagierten sich nach den Verboten dieser Organisationen in der NPD.

Mit dem von der NPD propagierten „Kampf um die Straße“ und der „Volksfront“-Strategie suchte die Partei gezielt die Nähe zum aktionsorientierten Skinhead- und Neonazimilieu. Zwar gewann die NPD im Rahmen dieses von Höhen und Tiefen geprägten Bündnisses spürbar an Aktionismus, bezahlte dies aber mit einem weiteren Verlust ihrer öffentlichen Reputation.

²⁷ Interneterklärung des NPD-Parteipräsidiums vom 19.9.2004: „Volksfront statt Gruppenegoismus“, abgerufen am 10.7.2013.

²⁸ Udo Voigt: „Neujahrsbotschaft des Parteivorsitzenden“, veröffentlicht auf der Internetpräsenz der NPD, abgerufen am 3.1.2009.

²⁹ Parteipräsidium der NPD: „Das strategische Konzept der NPD“, 1997, S. 6.

Im September 2004 wurde der „Kampf um die Straße“ im Zuge der sogenannten „Volksfront von rechts“ weiter ausgebaut. Führende Vertreter der parteiungebundenen Neonaziszene traten in die Partei ein, übernahmen Vorstandsposten und wollten auf diese Weise als institutionelles Bindeglied zwischen NPD und „Freien Kräften“ wirken.

Dieses Bündnis blieb allerdings fragil. Immer dann, wenn die engen Verbindungen mit der aktionsorientierten Neonaziszene dem Image der NPD zu sehr zu schaden drohten, bemühte sich die NPD um öffentliche Distanz zu dieser Szene. Gemeinsame Veranstaltungen wurden auf ein Minimum reduziert, und es kam zu Abgrenzungsbeschlüssen von Seiten der Partei gegenüber als allzu radikal empfundenen Teilen der „Freien Kräfte“. Dort wiederum fühlte man sich aufgrund solcher öffentlichen Erklärungen „schmählich verleumdet und verraten, ausgenutzt und verheizt“³⁰ und distanzierte sich in regelmäßigen Abständen von einer als zu „weich“ empfundenen NPD.

Ein Ende der Kooperation von NPD und Neonaziszene bedeuteten solche Erklärungen gleichwohl nicht. Vielmehr beruhten diese in erster Linie auf strategischen Überlegungen und persönlichen Animositäten. Vor allem auf regionaler Ebene blieben die Beziehungen von NPD und „Freien Kräften“ äußerst intensiv und vital. Zu groß waren die Vorteile einer Zusammenarbeit für beide Seiten und zu unbedeutend mögliche politisch-ideologische Differenzen. Vielerorts hat sich ein regelrecht symbiotisches Verhältnis zwischen NPD und parteiungebundener Neonaziszene entwickelt, das auf dem gemeinsamen Verständnis beruht, dass der „Nationale Widerstand [...] einen parlamentarischen und einen außerparlamentarischen Arm“³¹ hat.

3.2 Vom Motor zur Randfigur: Die Berliner NPD und die aktionsorientierte Szene

„Unser Kampf ist nicht das Erringen von Parlamentssitzen, sondern die Besetzung des vorpolitischen Raumes, der ‚Kulturrevolution von Rechts‘ und der Strategieentwicklung zur Ausübung politischer Macht ohne Herrschaft.“³²

Die Verbindungen zwischen dem Berliner Landesverband der NPD und der hiesigen aktionsorientierten Neonaziszene sind traditionell sehr eng. Diese Verbindungen beruhen nicht zuletzt auf einem Netz persönlicher Bekanntschaften innerhalb der an Aktivisten überschaubaren rechtsextremistischen Szene Berlins. Mit der Amtsübernahme des Berliner NPD-Landesvorsitzes durch den ehemaligen Söldner Eckart Bräuniger im Jahr 2005 wurden diese persönlichen Beziehungen vertieft und zunehmend zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Partei und parteifreien Kräften ausgebaut.

Bräuniger, der bereits lange vor seinem Engagement für die Berliner NPD in der rechtsextremistischen Szene aktiv war, nutzte dafür seine guten Kontakte in die Musik- und auch die Kameradschaftsszene der Stadt. Als Anmelder und Organisator zahlreicher Aufmärsche und Konzerte sorgte Bräuniger dafür, dass die Grenzen zwischen Aktivitäten der NPD und parteifreien Neonazis in Berlin mehr und mehr verschwammen. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür war die am 21. Oktober 2006 von der Berliner NPD organisierte Veranstaltung zugunsten des u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilten Sängers der rechtsextremistischen Band „Landser“. Etwa 750 vor allem aus dem rechtsextremistischen Musik- und Kameradschaftsmilieu stammende Neonazis solidarisierten

30 Thomas Wulff: „Das Ende der Volksfront“, Internetportal „Altermedia“, abgerufen am 2.1.2009.

31 Philipp Hasselbach: „Wir sitzen alle im gleichen Boot“ in: „Deutsche Stimme“ Nr. 06/2010, S. 3.

32 Auftritt des Berliner Landesverbandes der „Jungen Nationaldemokraten“ in einem sozialen Netzwerk: „Unser Selbstverständnis“, abgerufen am 31.7.2013.

sich unter dem Motto: „Freiheit für Lunikoff³³ - Lasst unsere Kameraden raus“ mit einem verurteilten Straftäter und Verfasser von an Deutlichkeit kaum zu überbietender menschenverachtender Texte³⁴.



Die neonazistische und aktionistische Ausrichtung des Berliner Landesverbandes der NPD verstärkte sich durch den von Bräuniger eingeschlagenen Kurs nochmals, was sich bis in die lokalen Gliederungen der Partei hinein auswirkte. Neugegründete Kreisverbände wie in Neukölln, aber auch bereits bestehende wie etwa in Marzahn-Hellersdorf erfuhren einen beachtlichen Mitgliederzuwachs aus dem Bereich des aktionsorientierten Rechtsextremismus.

Ebenfalls unter der Führung Bräunigers gründeten sich 2005 in den Bezirken Pankow, Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Neukölln vier regionale Stützpunkte der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Die zeitliche Nähe zum Verbot der Kameradschaften BASO und KS Tor war dabei kein Zufall. Vielmehr suchten viele der zuvor in diesen Kameradschaften aktiven Neonazis bewusst die Nähe zur NPD, in der Hoffnung, sich so vor weiteren staatlichen Repressionsmaßnahmen schützen zu können. Dass es innerhalb der Berliner NPD keinerlei Bedenken dagegen gab, Neonazis aus verbote-

33 „Lunikoff“ ist der Spitzname des Sängers der Band „Landser“ Michael Regener. Regener ist auch nach seiner Entlassung aus der Haft im Februar 2008 weiterhin in der rechtsextremistischen Szene aktiv, u. a. als Frontmann der rechtsextremistischen Band „Die Lunikoff-Verschörung“.

34 Im Lied „Niemals“, das auf der im Jahr 2000 veröffentlichten CD „Ran an den Feind“ erschien, heißt es z. B.: „Jemand wollte den Niggern erzählen / Sie hätten hier das freie Recht zu wählen / Das Recht zu wählen, das haben sie auch / Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch“.

nen Strukturen eine neue politische Heimat zu bieten, warf ein bezeichnendes Licht auf die ideologische Ausrichtung des hiesigen NPD-Landesverbandes und dessen gute Beziehungen zur rechtsextremistischen Kameradschaftsszene.

Diese JN-Stützpunkte erwiesen sich in den folgenden Jahren als optimale Ergänzung zu den informellen Strukturen aktionsorientierter Rechtsextremisten in Berlin, insbesondere der „Autonomen Nationalisten“. Auf diese Weise konnten sie nach außen hin weiter ohne fassbare Organisationsstrukturen agieren und machten sich gegenüber vereinsrechtlichen Maßnahmen nahezu unangreifbar. Nach innen wurden die finanziellen, rechtlichen und logistischen Möglichkeiten der NPD konsequent für eigene Zwecke genutzt. Die Berliner NPD ihrerseits, die nie über einen nennenswerten Einfluss auf ihren Jugendverband verfügte, verlor nach und nach vollständig die Kontrolle über die Berliner JN-Strukturen.

Dass führende Köpfe der „Autonomen Nationalisten“ in immer stärkerem Maße auch Leitungsfunktionen innerhalb der Partei einnahmen, erhöhte zudem ihren Einfluss auf den strategischen und inhaltlichen Kurs der Berliner NPD. In aller Deutlichkeit zeigte sich dies bei der Mobilisierung für eine von den „Autonomen Nationalisten“ für den 1. Mai 2010 angemeldete Demonstration, in deren Vorfeld kein Wochenende verging, an dem nicht an einem offiziellen Infostand der NPD massiv für diese Demonstration geworben wurde.

Aktions- und parlamentsorientierter Rechtsextremismus in Form der NPD stehen in Berlin aufgrund enger personeller und institutioneller Verbindungen in einem quasi-symbiotischen Verhältnis zueinander. War die NPD zunächst die treibende Kraft dieses Bündnisses, wird es seit Jahren von den inner- und außerhalb der Partei aktiven aktionsorientierten Rechtsextremisten dominiert.

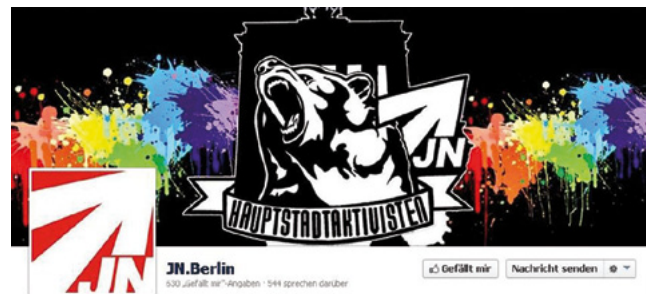
Die Entwicklung der „Jungen Nationaldemokraten“ steht dabei beispielhaft für eine Umkehrung des Verhältnisses von Berliner NPD zu den „Freien Kräften“. Unter der Führung Bräunigers war es ganz klar die NPD, die als Ansprechpartner für die Protagonisten aller rechtsextremistischen Spektren der Stadt fungierte und damit der zentrale Akteur des Berliner Rechtsextremismus war. Diese Position verlor die Partei nach der Demission Bräunigers Schritt für Schritt. Umstrittenes Führungspersonal, persönliche Streitigkeiten, vor allem aber die Unzufriedenheit einzelner aktionsorientierter Gruppen mit der Partei schwächten den Berliner NPD-Landesverband nachhaltig.

Parallel dazu gewannen die „Autonomen Nationalisten“ immer mehr an Bedeutung und Einfluss innerhalb der gesamten rechtsextremistischen Szene. Mit ihrem Aktionismus, ihrem modernen Auftreten und nicht zuletzt ihrem im Vergleich zur NPD um ein Vielfaches höheren Aktivistenpotenzial drehten sie die Machtverhältnisse innerhalb des Berliner Rechtsextremismus binnen weniger Jahre. Durch ihre Aktivitäten innerhalb der Partei nutzten sie geschickt die Strukturen der Berliner NPD, um die Partei in ihrem Sinne zu formen. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung im Februar 2012, als mit Sebastian Schmidtke einer der führenden Köpfe der „Autonomen Nationalisten“ zum neuen Landesvorsitzenden der Berliner NPD gewählt wurde.

Auch im Umgang mit der NPD erwies sich der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Berlin als enorm anpassungs- und durchsetzungsfähig. Nach dem Verbot eigener Strukturen nutzten Kameradschaftsanhänger und „Autonome Nationalisten“ zunächst weitgehend konspirativ die Strukturen der Partei für eigene Zwecke. Sukzessive wurde der Aus- und Umbau dieser rechtlich kaum angreifbaren Parteistrukturen vorangetrieben und die Berliner NPD wurde mehr und mehr zur organisatorischen Hülle für die öffentlichen Aktivitäten aktionsorientierter Rechtsextremisten. Diesen Aktivitäten - ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt des verstärkten Engagements

innerhalb der Berliner NPD-Strukturen - wurde auf diese Weise auch noch ein zumindest formal legalistischer Anstrich verpasst. Auf diese Weise konnten sich dieselben Rechtsextremisten, die verumumt und anonym im Rahmen von „Anti-Antifa“-Aktivitäten politisch Andersdenkende attackierten, öffentlich als harmlose Aktivisten des Jugendverbandes einer nicht verbotenen Partei präsentieren.

Diese Strategie wird seit Kurzem noch intensiver verfolgt. Traten die Berliner JN jahrelang überhaupt nicht öffentlich in Erscheinung, hat sich deren am 20. April 2013³⁵ (!) eröffnetes Profil in einem sozialen Netzwerk binnen kürzester Zeit zu einer der zentralen Informations- und Kommunikationsplattformen des Berliner Rechtsextremismus entwickelt und dabei die Rolle der Ende 2012 abgeschalteten Internetpräsenz der „Autonomen Nationalisten“ übernommen.



35 Der 20. April ist der Geburtstag Adolf Hitlers. An diesem Tag bekennen sich Rechtsextremisten im Rahmen von Feiern, Erklärungen oder sonstigen Aktionen mehr oder weniger verkleinert zu Adolf Hitler und dem historischen Nationalsozialismus.

4 Netzwerk „Freie Kräfte“: Altes Personal und neue Allianzen

„Wir leisten Widerstand mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, auf allen Ebenen.“³⁶

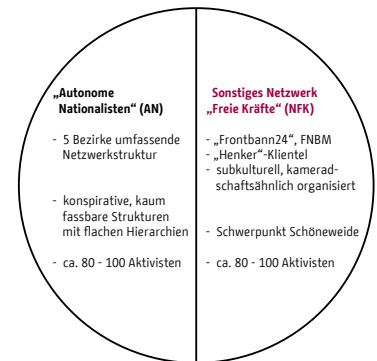
Neue rechtsextremistische Allianzen prägen auch die aktuelle Entwicklung des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin. Hier ist insbesondere ein deutliches Zusammenrücken der gesamten Szene zu beobachten. Vor dem Hintergrund des gestiegenen Drucks, den Öffentlichkeit und Sicherheitsbehörden auf die rechtsextremistische Szene ausüben, wurden strategische Differenzen und persönliche Streitigkeiten zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Akteuren beiseite geschoben. Ehemalige Kameradschaftsanhänger, „Autonome Nationalisten“ und auch NPD-Anhänger agieren aktuell verstärkt gemeinsam. Mit dieser Bündelung der Kräfte soll den Schwächen der jeweiligen Gruppierung, aber auch der gesamten Szene, entgegen gewirkt werden.



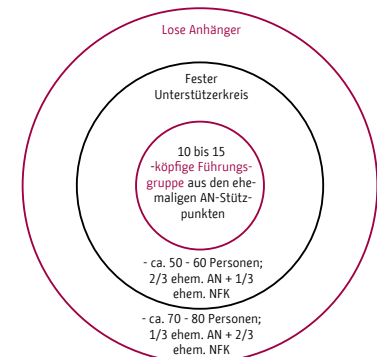
Im Bereich des aktionsorientierten Rechtsextremismus mündete diese Verdichtung der Szene in einem neustrukturierten Netzwerk „Freie Kräfte“. Dieses Netzwerk bestand zunächst aus den getrennt voneinander agierenden „Autonomen Nationalisten“ und sonstigen aktionsorientierten Rechtsextremisten, die stärker subkulturell geprägt und kameradschaftsähnlich organisiert waren. Infolge der Vereinsverbote gegen die Kameradschaftsszene und der Schwächung des Netzwerkes der „Autonomen Nationalisten“ waren beide Gruppierungen in zunehmendem Maße aufeinander angewiesen. Diese gegenseitige Abhängigkeit führte dazu, dass das gesamte Spektrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin - initiiert von führenden Protagonisten der „Autonomen Nationalisten“ - mittlerweile als einheitliches informelles Netzwerk agiert.

Neustrukturierung des Netzwerkes „Freie Kräfte“

Bisheriger Aufbau



Neuer Aufbau



³⁶ Internetauftritt der fiktiven Gruppierung „Freie Kräfte Berlin-Neukölln“: „Das sind wir!“, abgerufen am 23.7.2013.

In diesem Netzwerk dominieren Stil und Habitus der „Autonomen Nationalisten“. Deren ehemalige Führungsaktivisten, vor allem aus den Bezirken Lichtenberg und Neukölln, bilden auch jetzt die zehn bis 15-köpfige Führungsgruppe, die das Gros der Aktivitäten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ organisiert. Diese Führungsgruppe ist es auch, die den Informationsfluss innerhalb des Netzwerkes steuert und auf diese Weise bestimmt, wer zu welchem Zeitpunkt in die Aktivitäten des Netzwerkes eingebunden wird.

Um diese zehn bis 15 Führungskräfte des Netzwerkes schließen sich konzentrisch zwei Unterstützerkreise an. An einen ersten, enger angebundenen Unterstützerkreis von ca. 50 bis 60 Personen schließt sich ein zweiter Kreis von nur lose angebundenen 70 bis 80 Anhängern an. Insgesamt kann das Netzwerk „Freie Kräfte“ damit zurzeit auf etwa 160 Unterstützer zurückgreifen. Das Aktivpotenzial des Netzwerkes, also der Anteil an Personen, die regelmäßig an Treffen, öffentlichen Aktivitäten und überregionalen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene teilnehmen, ist allerdings deutlich geringer und beläuft sich auf ca. 70 Personen.

Diese erzwungene neue Struktur des Netzwerkes „Freie Kräfte“ hat sich bislang als längst nicht so leistungsfähig erwiesen wie die der „Autonomen Nationalisten“. Dass in den Jahren 2012 und 2013 bislang kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen des Netzwerkes „Freie Kräfte“ zu verzeichnen waren, ist ein deutliches Indiz hierfür. Öffentliche Aktivitäten aktionsorientierter Rechtsextremisten finden in Berlin zurzeit ausschließlich unter dem Deckmantel der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ statt. Dass mit Sebastian Schmidtke einer ihrer ehemals führenden Aktivisten als Landesvorsitzender der Berliner NPD amtiert, hat diese Zusammenarbeit sichtlich befördert.

Allerdings ist diese enge Bindung an die NPD wohl auch ein Grund für die momentane Zurückhaltung des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin. Die offizielle Vorgabe des Bundesvorsitzenden der NPD, der eine Mäßigung bei öffentlichen Auftritten der Partei fordert, und das drohende Verbotverfahren gegen die NPD schränken die Handlungsoptionen des unter dem Schutz der NPD agierenden Netzwerkes „Freie Kräfte“ spürbar ein.

Auf Dauer wird allerdings kaum damit zu rechnen sein, dass sich die Anhänger des Netzwerkes, darunter ein nicht unerheblicher Anteil vorbestrafter und gewaltbereiter Neonazis, damit zufrieden geben, im Rahmen von NPD-Infoständen oder „Anti-Euro“-Kundgebungen aktiv zu werden. Auch die Rekrutierung neuer Aktivisten wird durch das zurzeit eher biedere Auftreten aktionsorientierter Rechtsextremisten sichtlich erschwert. Insofern dürfte die Zukunft des Netzwerkes kaum in der dauerhaften Bindung an die NPD liegen. Vielmehr wird sich der radikalere Teil der aktionsorientierten Rechtsextremisten sukzessive von der Partei entfernen und mit eigenen Gruppierungen und Aktionen aktiv werden.

5 Ausblick

Der gestiegene Druck auf rechtsextremistische Strukturen, wie er in einer Vielzahl von Durchsuchungsmaßnahmen und Vereinsverboten zum Ausdruck kommt, wird die Organisations- und Aktionsformen der rechtsextremistischen Szene weiter verändern. Der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Berlin versucht, diesem Veränderungsdruck aktuell mit einer Doppelstrategie zu begegnen. Noch konsequenter als bisher nutzen aktionsorientierte Rechtsextremisten die legalistischen und damit juristisch schwer angreifbaren Strukturen der NPD für ihre öffentlichen Aktivitäten. Gleichzeitig agieren sie außerhalb der Parteistrukturen noch konspirativer und sind vor allem darum bemüht, der Zivilgesellschaft und den Strafverfolgungsbehörden keinerlei Angriffsfläche zu bieten.

Der Erfolg dieser Strategie ist bislang überschaubar, zumal über der NPD das Damoklesschwert des vom Bundesrat angestrebten Parteiverbotsverfahrens schwebt. Dieses Verfahren würde im Erfolgsfall auch für die aktionsorientierte Szene Berlins eine enorme strukturelle Schwächung bedeuten. Die Szene wird daher darum bemüht sein, rechtzeitig Alternativen zu den NPD-Strukturen zu entwickeln. In anderen Bundesländern hat sich die Partei „Die Rechte“ bereits zu einer solchen Alternative entwickelt. Vor allem die Tatsache, dass „Die Rechte“ bislang keinerlei Berührungsängste mit gewaltbereiten Neonazis aus dem Kameradschaftsmilieu und dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ gezeigt hat, dürfte die Partei auch für aktionsorientierte Rechtsextremisten in Berlin zunehmend attraktiv machen.

Parteiungebundene Strukturen werden es in Berlin dagegen weiterhin schwer haben, sich zu etablieren. Ein breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, aber auch die erhöhte Wachsamkeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, haben das Risiko der Entdeckung und Verfolgung für jede öffentlich agierende Neonazi-Gruppierung enorm erhöht. Dieses Risiko dürfte zukünftig allenfalls noch von Rechtsextremisten eingegangen werden, die aufgrund ihrer sozialen Lage ohnehin nichts mehr zu verlieren haben. Über einen kleinen Kreis gleichgesinnter Rechtsextremisten hinaus werden solche Gruppierungen jedoch kaum anschlussfähig sein.

Vor diesem Hintergrund wird das Internet für die Aktivitäten aktionsorientierter Rechtsextremisten zukünftig noch weiter an Bedeutung gewinnen. Bereits jetzt hat es die szeninterne Kommunikation durch die Nutzung sozialer Netzwerke oder Instant Messenger nachhaltig verändert. Seine vermeintliche Anonymität macht das Internet zudem auch für die Propagandaaktivitäten der Szene immer attraktiver. Vor allem für die Kombination von konspirativer Aktion und deren nachträglicher öffentlicher Verbreitung hat sich das Internet als unverzichtbares Mittel erwiesen. Dabei werden Aktionsformen wie die der „Unsterblichen“³⁷, bei denen die eigentliche Aktion weit weniger von Interesse ist als deren nachträgliche Verbreitung und propagandistische Überhöhung, in Zukunft noch häufiger angewandt werden.

Genügen werden diese Internetaktivitäten einer Szene, die sich entscheidend über ihren Aktionismus definiert, allerdings

³⁷ Bei den „Unsterblichen“ handelt es sich um eine neonazistische Kampagne, bei der sich in den Jahren 2011/2012 an verschiedenen Orten bis zu 150 Rechtsextremisten unangekündigt versammelten, um mit Fackeln und weißen Masken bekleidet kurze Spontanaufmärsche durchzuführen. Diese Aufmärsche ähnelten in ihrer Inszenierung den Fackelmärschen der Nationalsozialisten, an deren völkische Ideologie auch das „Volkstod“-Thema der „Unsterblichen“-Kampagne angelehnt war.

kaum. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wird weiterhin vor allem „auf der Straße“ stattfinden. Nächtliche Schmierereien und Sachbeschädigungen an Objekten der politischen Gegner werden ebenso wie tätliche Übergriffe weiterhin zum Aktionsrepertoire Berliner Neonazis zählen. Dabei könnten auch verstärkt Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates, wie Politiker und Polizisten, die für den Druck auf die rechtsextremistische Szene verantwortlich gemacht werden, in den Fokus von Rechtsextremisten geraten.

Durch diese Mischung aus Konspiration und Aggression wird sich der bereits länger anhaltende Trend zur Verkleinerung und Radikalisierung des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin weiter verfestigen. Einzelpersonen und Kleinstgruppen könnten sich immer stärker radikalieren und auf immer extremere Aktionsformen zurückgreifen. Dieser möglichen Entwicklung zu begegnen wird gemeinsame Aufgabe der Zivilgesellschaft und des Staates bleiben. Mit präventiven und repressiven Maßnahmen gilt es, über rechtsextremistische Bestrebungen und Gefahren aufzuklären und diese konsequent zu verfolgen.

Bildernachweis

Titelbild:	picture alliance, Gero Breloer
Bild S. 14:	Landeskriminalamt Berlin
Bild S. 18:	Organisationslogo
Bild S. 20:	abgerufen von nw-berlin.net
Bild S. 21:	abgerufen von nw-berlin.net
Bild S. 31 oben:	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Bild S. 31 unten:	abgerufen von nw-berlin.net
Bild S. 36:	abgerufen von nw-berlin.net
Bild S. 44:	abgerufen von nw-berlin.net
Bild S. 47:	Auftritt der JN.Berlin in einem sozialen Netzwerk
Bild S. 48:	Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Publikationen des Verfassungsschutzes Berlin

Aktueller Verfassungsschutzbericht



Verfassungsschutzbericht 2012

1. Auflage Berlin 2013. 278 Seiten.

Reihe im Fokus



Zerrbilder von Islam und Demokratie

1. Auflage Berlin 2011. 128 Seiten.



Scientology – Eine kritische Bestandsaufnahme

1. Auflage Berlin 2011. 83 Seiten.



Linke Gewalt in Berlin

1. Auflage Berlin 2009. 84 Seiten.



Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins

2. Auflage Berlin 2006 (nur im Internet
abrufbar). 56 Seiten.



Rechte Gewalt in Berlin

2. Auflage Berlin 2006. 64 Seiten.



Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens

2. Auflage Berlin 2006. 116 Seiten.



Rechtsextremistische Skinheads

1. Auflage Berlin 2003 (nur im Internet
abrufbar). 86 Seiten.

Reihe Info



Rechtsextremistische Musik

3. überarbeitete Auflage Berlin 2012.
58 Seiten.



Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

7. überarbeitete Auflage Berlin 2011.
38 Seiten.



Islamismus

2. überarbeitete Auflage Berlin 2006.
42 Seiten.

Sonstiges



Verfassungsschutz – Nehmen Sie uns unter die Lupe

1. Auflage Berlin 2002. 19 Seiten.



Islamismus: Prävention und Deradikalisierung (DVD)

1. Auflage Berlin 2011. 59 min.

Herausgeber: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz

Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
Fax 030 90129 – 844
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de

Auflage: 1. Auflage
Redaktionsschluss: Oktober 2013

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet,
Belegexemplar erbeten.

Diese Druckschrift wird von der Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Abteilung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ DIENT
DEM SCHUTZ DER FREIHEITLICHEN
DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG,
DES BESTANDES UND DER SICHERHEIT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND IHRER LÄNDER.

Senatsverwaltung
für Inneres und Sport

be  **Berlin**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Klosterstraße 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de